

# Statuten und Reglement

der mit der

ersten Oesterreichischen Spar-Casse

vereinigten

## allgemeinen Versorgung:-Anstalt

für die

Unterthanen des Oesterreichischen Kaiserstaates.

### E i n l e i t u n g.

Der Wunsch, sich oder seine Angehörigen für das vorgerückte Alter zu versorgen, und nach Verhältniß der Personen den ganzen Lebensunterhalt, oder doch einen Theil desselben vollkommen zu sichern, muß in jedem rechtlich denkenden Staatsbürger entstehen, und eine Anstalt, welche den Genuß dieser glücklichen Lage auf die leichteste Art verschafft, ist ohne Zweifel unter die nützlichsten zu zählen.

Die Ausführung einer solchen Anstalt hat der Verein der ersten Oesterreichischen Spar-Casse auf der Grundlage eines durch höchstes Hofdecret, dd. 1. May 1823, von Sr. kaiserl. königl. Majestät genehmigten Plans im Geiste des Spar-Casse-Reglements und Instruction, dd. 24. Jänner 1822, mit Vorwissen der hochlöblichen k. k. Nieder-Oesterreichischen Landesregierung übernommen.

Das Wesentliche der Anstalt besteht darin, daß aus einzelnen Einlagen ein großes Stammvermögen zusammengebracht, selbes mit größter Vorsicht, und nach feststehenden Grundsätzen fruchtbringend benützt, und zugleich sowohl durch den Abgang der einzelnen Theilnehmer, als durch mehrere andere Zuflüsse allmählig zum Vortheile der Interessenten, so vermehrt werde,

daß jedem derselben aus einer ursprünglichen sehr mäßigen Einlage ein bedeutender Genuß erwachsen muß, welcher auf eine andere Weise mit solcher Sicherheit nicht wohl zu erzielen seyn dürfte.



# Statuten.

## Erster Abschnitt.

### Einrichtung der Anstalt.

#### §. 1.

Jeder Staatsbürger der gesammten Erbländer Seiner Majestät des Kaisers und Königs, ohne Unterschied des Alters, Geschlechtes, Standes und Wohnortes in den Erbländern, hat das Recht, an der Anstalt Theil zu nehmen. Oesterreichische Unterthanen, welche sich nur auf Zeit im Auslande aufhalten, sind von dem Eintritte nicht ausgeschlossen; dagegen können aber moralische Personen, Communitäten jeder Art, nicht daran Theil nehmen.

#### §. 2.

Man tritt in die Gesellschaft mittelst der Einlage von zweihundert Gulden Conventions-Silbermünze, zwanzig Gulden eine feine kölnische Mark. Ueber diese Einlage wird ein Rentenschein ausgestellt, dessen Erwerbung das Recht auf den jährlich davon abfallenden Gewinn oder die Dividende gibt.

#### §. 3.

Jedermann steht es frey, diese Einlage so vielmahl zu machen, als er will, und darüber einzelne Rentenscheine, oder einen gemeinschaftlichen zu verlangen.

#### §. 4.

Um den Vortheil dieser Anstalt der möglich größten Zahl von Theilnehmern zuzuwenden, wird auch gestattet, theilweise ein-

KNY-19-

00650



zuliegen; jedoch fängt der Anspruch auf den Bezug der Dividende erst an, wenn die Einlage vollständig geleistet ist.

#### §. 5.

Die Theilnehmer, welche in einem und demselben Jahre, und zwar vom 1. Hornung bis zum 1. December die ganze Einlage, oder die erste theilweise Einlage machen, bilden eine besondere Jahresgesellschaft.

#### §. 6.

Die Theilnehmer jeder Jahresgesellschaft werden wieder und zwar nach Verschiedenheit des Alters, welches sie mit dem letzten December des Eintrittsjahres erreicht haben werden, in sieben Classen abgetheilt, nach folgendem Schema:

Vom	1.	bis inclus.	10.	Jahre	geht die Classe	I.
"	10.	"	"	20.	"	II.
"	20.	"	"	35.	"	III.
"	35.	"	"	50.	"	IV.
"	50.	"	"	60.	"	V.
"	60.	"	"	65.	"	VI.
"	65.	und darüber	"	"	"	VII.

#### §. 7.

Die Einlagen können zwar (§. 4) theilweise geleistet werden; jedoch wird festgesetzt, daß in jeder Jahresgesellschaft die Interessenten der 1., 2., 3., 4. und 5. Classe wenigstens zehn Gulden, jene der 6. wenigstens fünfzig Gulden, und jene der 7. wenigstens einhundert Gulden als ursprüngliche Angabe auf einen Rentenschein erlegen müssen.

#### §. 8.

Fände Jemand bequem, auch theilweise Nachträge zu leisten, um die Vollständigkeit der Einlage früher zu erreichen, so würden auch diese, nie aber ein minderer Betrag als zwei Gulden angenommen werden.

## §. 9.

So, wie man (§. 3) mehrere vollständige Einlagen machen kann, so kann man auch mehrere unvollständige Einlagen machen; die Zahl derselben ist jedoch beschränkt, und es können in einer und derselben Jahresgesellschaft, von einem Gesellschafter in der siebenten Classe nicht mehr als fünf, in der sechsten nicht mehr als zehn, in der fünften nicht mehr als fünfzehn, in der vierten nicht mehr als zwanzig, in der dritten nicht mehr als fünf und zwanzig, in der zweyten nicht mehr als dreyßig und in der ersten nicht mehr als fünf und dreyßig unvollständige Einlagen angenommen werden.

## §. 10.

Obgleich erst die vollständige Berichtigung der Einlage den Anspruch auf den Bezug der vollen Dividende gibt, so fällt doch schon von jeder theilweisen Einlage eine theilweise Dividende ab, und dem Gesellschafter, welcher eine unvollständige Einlage gemacht hat, wird daher die Ergänzung der Einlage dadurch erleichtert, daß ihm die bereits erworbene jedesmahlige theilweise Dividende zur Einlage geschrieben wird.

## §. 11.

Da die Berechnung durchaus in runden Zahlen geschieht, so entsteht jährlich aus den Bruchtheilen von Kreuzern, die sich sowohl bey den vollen und theilweisen Dividenden, als den Einlagenachzahlungen ergeben, eine Summe, welche den Gesellschaftern weder hinausbezahlt, noch zugeschrieben wird. — Diese Summe wird jährlich zur Ergänzung der unvollständigen Einlagen nach Entscheidung des Rases verwendet werden, und zwar dergestalt, daß mit der ersten Jahresgesellschaft, und zwar mit der siebenten Classe angefangen, wenn alle Einlagen dieser Classe vollständig sind, zur sechsten, und so fort bis zur ersten Classe fortgeschritten, sodann zur zweyten Jahresgesellschaft nach der Classenreihe weiter gegangen, und so durch alle Jahresgesellschaften fortgefahen wird.



## §. 12.

Da ferner auch die theilweisen Einlagen nur nach runden Zahlen in die theilweise Dividende einrücken, so entstehen auch durch die jährlichen Zuschreibungen auf den Folien dieser Gesellschaften Capitalien, deren Zinsen Niemanden bestimmt zugewiesen sind. Auch diese Zinsen werden jährlich zur Ergänzung der unvollständigen Einlagen jener Jahresgesellschaft und Classe, in welcher sie entstanden sind, nach Entscheidung des Loses verwendet.

## §. 13.

Da sich endlich in dem weiter unten §. 60 vorkommenden Falle durch den Ankauf von öffentlichen Fonds-Obligationen ein Rabatt ergeben kann, so wird auch dieser Gewinn zur Ergänzung der unvollständigen Einlagen nach Maßgabe des §. 11 verwendet.

## §. 14.

So wie man mehrere vollständige Einlagen in einer Jahresgesellschaft machen kann, so kann man auch auf die eine oder andere Weise in verschiedene Jahresgesellschaften treten. In jeder Jahresgesellschaft wird der Gesellschafter betrachtet, als ob er nur in dieser wäre, und auf seine anderen Verhältnisse in anderen Jahresgesellschaften nicht die mindeste Rücksicht genommen.

## §. 15.

Damit die Einlagen auch in anderen Provinzen gemacht und die Dividenden dort bezogen werden können, wird die Anstalt in den Hauptstädten aller Provinzen entweder Handelshäuser oder Geschäftsstuben nachahmhaft machen, welche als Vermittler und ohne einen Abzug von der Dividende, die Einlage annehmen, und die Dividende bezahlen.

## §. 16.

Erst dann, wenn eine Einlage vollständig ist, wird der Rentenschein nach dem Formulare A ausfertigt, welcher das Jahr der Einlage, die Classe, die Summe der Einlage, den Vor- und Zunahmen des Einlegers enthält.

## §. 17.

Wenn theilweise eingelegt wird, erhält der Einleger einen Interimsschein nach dem Formulare B, auf welchem, auf Verlangen, jeder folgende Ergänzungsnachtrag angemerkt wird.

## §. 18.

Wenn die ursprünglich theilweise Einlage vollständig ist, wird der Interimsschein gegen den Rentenschein ausgewechselt, in welchem die Tage der erfolgten theilweisen Einlage, und die von dem Erleger bar eingelegten Beträge werden ersichtlich gemacht werden.

## §. 19.

Wer in diese Gesellschaft eintreten will, hat seinen Vor- und Zunahmen, den Tag, Ort und Geburt, und die Einlage zu verzeichnen, und sein Alter durch Beybringung des Tauf- oder Geburtscheines, oder bey Unmöglichkeit dieser Beybringung auf eine sonst gesetzliche Art zu beweisen.

## §. 20.

Personen, welche im Auslande geboren sind, haben auch ein Zeugniß der Ortsobrigkeit über die erhaltene Staatsbürgerschaft bezubringen.

## §. 21.

Zugleich mit der Einreichung dieser Erklärung wird der Betrag gegen einen Casseschein erlegt. — Nach einigen Tagen wird der Rentenschein, oder bey unvollständigen Einlagen der Interimsschein auszufertigt.

## §. 22.

Man kann auch für andere Personen einlegen, welche zur Theilnahme an dieser Gesellschaft geeignet sind. — Diese Einlage für eine andere Person muß nach Maßgabe der §§. 19 und 20 gemacht werden, und die Person, für welche eingelegt wird, wird dann betrachtet, als ob sie selbst eingelegt hätte.



### §. 23.

Die ursprüngliche Dividende, welche allmählig höher steigt, und jedem Gesellschafter jährlich nebst dem Zuwachse zufällt, ist nach den Classen der Jahresgesellschaften (§. 6) verschieden, und sie beträgt von jeder vollständigen Einlage pr. 200 fl. C. M.

in der Classe in Conv. Münze . . . fl. kr.

I.	"	"	"	"	8	—
II.	"	"	"	"	8	30
III.	"	"	"	"	9	—
IV.	"	"	"	"	9	30
V.	"	"	"	"	11	—
VI.	"	"	"	"	12	—
VII.	"	"	"	"	13	—

### §. 24.

Die ursprüngliche Dividende könnte und müßte nur dann geändert werden, wenn jemahls durch die Staatsverwaltung über den allgemeinen Zinsfuß etwas anderes, als dermahl besteht, verordnet würde, oder derselbe, auf welche Art immer eine Herabsetzung erleiden sollte.

### §. 25.

Um große Unbequemlichkeiten der Berechnung zu vermeiden, werden die Dividenden immer nach runden Zahlen berechnet. Wer daher z. B. zehn Gulden eingelegt hat, behält die dafür ausfallende Dividende so lange, bis seine Einlage durch Zuschreibung der theilweisen Dividenden, oder durch Nachzahlungen, zwanzig Gulden erreicht hat u. s. w. — Die Zinsen des die runden Summen übersteigenden Betrages der unvollständigen Einlagen werden aber, nach Maßgabe des §. 12, zur Ergänzung unvollständiger Einlagen verwendet.

### §. 26.

Alle Beträge, welche den unvollständigen Einlagen allmählig zuwachsen, werden als ein zu fünf Prozent verzinsliches Capital dem Stammvermögen jener Jahresgesellschaft, und zwar

jener Classe derselben, in welcher die Einlagen gemacht worden sind, zugeschrieben, ohne auf die Dividende, welche die Classe an und für sich zu genießen hat, Rücksicht zu nehmen.

#### §. 27.

Wenn ein Gesellschafter abgeht, das ist, entweder stirbt, oder nach den Statuten als todt betrachtet wird, können seine Erben zweyerley Beträge ansprechen: erstens den Betrag, welchen er ganz oder theilweise erlegt hat, jedoch nach Abzug der Summe, welche er aus der Anstalt bereits bezogen haben dürfte; zweytens, und zwar für jeden Fall, die Dividende des Jahres, in welchem er abgegangen ist.

#### §. 28.

Der Ueberrest, welcher sich auf dem Folium des Abgegangenen zeigt, wird zu Gunsten der Anstalt eingezogen, und zwar dergestalt, daß zehn Prozente der Administration als Ersatz für Zuschüsse und Regiekosten, neunzig Prozente aber den Mitgliedern seiner Classe seiner Jahresgesellschaft zugeschrieben werden.

#### §. 29.

Die Erben sind indeß nicht berechtigt, eine zergliederte Rechnung zu verlangen, sondern sie sind verbunden, sich mit dem Rechnungs-Resultate, welches von zwey Administratoren, oder deren Stellvertretern, und dem Hauptbuchhalter gefertigt ist, zu begnügen.

#### §. 30.

Wenn der Besitzer eines Rentenscheines durch ein ganzes Jahr nach der öffentlichen Kundmachung, daß die Dividenden zu erheben seyen, die ihm zugefallene Dividende nicht erhebt, wird er nahmentlich, mit Bemerkung seines Geburtsortes und der Nummer seines Rentenscheines, auf neue sechs Monathe vorgeladen, seine Dividende so gewiß zu erheben, wie im widrigen Falle er für todt gehalten werden würde; wenn er sich aber auch in diesem Zeitraume nicht anmeldet, dann wird er für todt gehalten, und nach Maßgabe des §. 27 vorgegangen. Hätte er



aber während dem Laufe dieser Termine selbst, oder durch eine andere Person der Administration die Anzeige von seinem Leben und das Ansuchen gemacht, die Dividende für ihn zu verwahren, dann würde seinem Ansuchen willfahren werden. Da es aber doch möglich wäre, daß ein Gesellschafter nach der Hand mit rechtlichen Gründen darthun könnte, daß es ihm schlechterdings unmöglich gewesen sey, die Dividende in der vorgeschriebenen Zeit zu erheben, und selbst, oder durch eine andere Person, die Anzeige von der Unmöglichkeit dieser Erhebung zu machen, könnte er sich mit seinem Gesuche an die Administration des Institutes wenden, welche dasselbe jedoch dem Ausschusse des Vereines, als dem Repräsentanten der Gesellschaft, vorzulegen hätte, von dessen Entscheidung, durch Stimmenmehrheit, die Bewilligung allein abhängt.

### §. 31.

Wenn ein Mitglied gestorben ist, oder statutenmäßig für todt gehalten wird, müssen die Erben desselben denjenigen Betrag, welcher ihnen hinauszuzahlen ist, binnen der gesetzlichen Verjährungszeit erheben, oder die Abforderung desselben durch die Verlassenschafts-Behörde veranlassen. Bis dahin bleibt dieser Betrag zu fünf Prozent anliegend, in den Händen des Institutes, und die hiervon abfallenden Zinsen werden jährlich jener Summe zugeschlagen, welche überhaupt nach §. 11 zur Ergänzung unvollständiger Einlagen verwendet wird. Haben sich aber binnen der gesetzlichen Verjährungszeit die Erben nicht gemeldet, so wird auch der Capitalsbetrag auf gleiche Weise zur Ergänzung unvollständiger Einlagen gewidmet.

### §. 32.

Wenn eine ganze Classe einer Jahresgesellschaft ausstirbt, so zieht die Administration zehn Prozent der Dividende der letzten Gesellschafter ein, und neunzig Prozente derselben fallen den übrigen Classen dieser Jahresgesellschaft dergestalt zu, daß 45 Prozent jener Classe, in welcher sich die ältesten Gesellschafter befinden, zugeschrieben, die andern 45 Prozente aber zu gleichen

Theilen unter die übrigen Classen derselben Jahresgesellschaft vertheilt werden.

### §. 33.

Wenn eine ganze Jahresgesellschaft ausstirbt, dann bezieht die Administration ebenfalls zehn Prozente der Dividenden der letzten Gesellschafter, und neunzig Prozente werden allen da abls bestehenden Jahresgesellschaften zu gleichen Theilen, und zwar in jeder derselben jener Classe zugeschrieben, in welcher sich die ältesten Mitglieder befinden.

### §. 34.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich deutlich, daß die Dividenden der Gesellschafter durch die verschiedenen Zuflüsse allmählig immer erhöht werden müssen; indessen darf doch die Rente eines einzelnen Gesellschafters nicht so unverhältnismäßig steigen, daß dadurch die Mehrzahl gefährdet würde, und es wird daher festgesetzt, daß die Dividende eines einzelnen Rentenscheines nicht höher als auf jährliche fünfhundert Gulden Conv. Münze steigen dürfe.

### §. 35.

Sollte jedoch ein Gesellschafter mehrere Rentenscheine erworben haben, so kann er ungehindert mit jedem dieser Rentenscheine insbesondere, und ohne eine Beschränkung, eine Dividende von jährlichen fünfhundert Gulden Conv. Münze erlangen.

### §. 36.

Wenn nun der Fall eintrete, daß sämtliche Rentenscheine einer Classe die Dividende von jährlichen 500 Gulden erreicht hätten, und ein Gesellschafter dieser Classe abginge, dann würde mit dem Uebermaße des Stammvermögens dieser Classe, welches durch den Abgang eines Gesellschafters entsteht, folgender Maßen verfahren werden. Die Administration würde 10 Prozente der Dividende des ausgetretenen Gesellschafters beziehen, 45 Prozente würden derjenigen Classe dieser Jahresgesellschaft, in wel-



cher sich die ältesten Mitglieder befinden, zugewiesen, die übrigen 45 Prozente aber zu gleichen Theilen unter die übrigen Classen derselben Jahresgesellschaft vertheilt werden.

### §. 37.

Sollten aber sämmtliche Rentenscheine einer ganzen Jahresgesellschaft die Dividende von 500 Gulden erreicht haben, und ein Mitglied abgehen, so würde mit dem hierdurch entstandenen Uebermaße des Stammvermögens dieser Jahresgesellschaft folgender Maßen verfahren werden. Die Administration würde gleichfalls zehn Prozente der Dividende der abgegangenen Gesellschaft beziehen, und die übrigen neunzig Prozente würden allen damals bestehenden Jahresgesellschaften zu gleichen Theilen, und zwar in jeder derselben derjenigen Classe zugeschrieben, in welcher sich die ältesten Mitglieder befinden.

### §. 38.

Stehen Eigenthümer für ihre Person unter Vormundschaft oder Curatel, so wird die Dividende nur den sich legitimirenden Vormündern oder Curatoren ausbezahlt; welche daher in Zeiten die Administration schriftlich von der Unfähigkeit ihrer Pflegebefohlenen, ihr Vermögen selbst zu verwalten, zu unterrichten haben.

### §. 39.

Wenn Jemand fremdes Gut, oder eigenes, worüber er zu disponiren gesetzlich nicht fähig ist, in die Anstalt einlegt, ist nach Vorschrift der Gesetze zu verfahren.

### §. 40.

Wenn ein Gesellschafter mit Bewilligung aus der österreichischen Monarchie auswandert, so ist selber ohne fernere Antheile an der Anstalt, gegen Zurückstellung der in Händen habenden Urkunden mit seinem Guthaben (§. 27) abzufertigen, und hat sich wie ein Erbe (§. 29) mit dem Rechnungs-Resultate zu begnügen.

## §. 41.

Nach dem Schlusse eines jeden Jahres wird öffentlich kund gemacht:

- a) wie hoch sich die Dividende jeder Classe in jeder Jahresgesellschaft belaufe;
- b) welche unvollständigen Einlagen ergänzt worden seyen, damit die erworbenen Rentenscheine ausgefertigt werden können;
- c) wann die Dividende zu erheben sey;
- d) welche Gesellschafter allenfalls nach Maßgabe des §. 30 für todt geachtet werden;
- e) das Resultat der Verwaltung.

## §. 42.

Die Dividende wird nur gegen Vorzeigung des Rentenscheines ausbezahlt, und da die Administration wesentlich nothwendig die volle Ueberzeugung vom Leben der Gesellschafter haben muß, so wird auch unerläßlich bedungen, daß bey jeder Behebung der Dividende eine Lebensbestätigung beigebracht werde, welche von der Ortsobrigkeit, unter welcher der Gesellschafter wohnt, oder einer vorgesezten öffentlichen Behörde ausgestellt seyn muß.

## §. 43.

In Verlust gerathene Renten-, Interims- und Cassescheine werden nur nach erwirkter Amortisirung gegen eine kleine Schreibgebühr durch neue ersetzt. Verlegte werden nur dann ersetzt, wenn über die Nichtigkeit kein Zweifel seyn kann; sonst müßten auch diese amortisirt werden.

## §. 44.

Sollte diese Anstalt in Berücksichtigung ihres großen und dauerhaften Nutzens durch Schenkungen unter Lebenden, Erbschaften und Vermächtnisse, besondere Zuflüsse erhalten, so würde der bestimmt ausgedrückte Wille des Gebers gewissenhaft erfüllt werden.

## §. 45.

Erhält der Betrag die allgemeine Bestimmung, zur Er-



gänzung der unvollständigen Einlagen verwendet zu werden; so wird damit, und zwar mit dem Capitale selbst, oder nur mit den Zinsen, je nachdem der Geber sich ausgedrückt haben wird, nach Maßgabe des §. 11 verfahren.

#### §. 46.

Wenn ein Betrag ohne nähere Bestimmung, einer ganzen Jahresgesellschaft gewidmet wird; so wird er derjenigen Classe derselben zugeschrieben, in welcher sich die ältesten Gesellschafter befinden; wenn er aber einer bestimmten Classe, einer bestimmten Jahresgesellschaft gewidmet wird, so wird er dem Capitale dieser Classe zugeschrieben. Wird aber ein Capital zum Vortheile der ganzen Anstalt gewidmet, so wird es allen damahls bestehenden Jahresgesellschaften und zwar in jeder derselben jener Classe, in welcher sich die ältesten Mitglieder befinden, zu gleichen Theilen als Stammvermögen zugeschrieben.

## R e g l e m e n t.

### Zweyter Abschnitt.

#### Von der Verwaltung dieser Anstalt.

#### §. 47.

Die Anstalt wird durch eine aus dem Vereine der ersten Oesterreichischen Spar-Casse gewählte Administration, nebst dem zur Manipulation nothwendigen Personale, verwaltet, welche sich über ihre Verwaltung gegen den Ausschuß des Vereines, als Repräsentanten der gesammten Gesellschaft der Versorgungs-Anstalt, auszuweisen hat.

#### §. 48.

Der Ausschuß wird nach Erforderniß der Geschäfte für die Abtheilung der Versorgungs-Anstalt die Administrationsglie-

der aus sich selbst ernennen, einem die Stelle des Präsidenten, einem zweyten jene des Stellvertreters übertragen, und die Referenten, welche jederzeit Rechtsgelehrte seyn müssen, bestellen.

#### §. 49.

Der Präsident und dessen Stellvertreter, dann die übrigen Administrationsglieder, sind zur Beobachtung der vorstehenden Statuten und des Reglements der ersten Oesterreichischen Spar-Casse vom 21. Jänner 1822 verpflichtet, und empfangen, wie Curatorium und Direction der Spar-Casse, vom Ausschusse die nöthigen Weisungen.

#### §. 50.

Jedes Jahr tritt der Präsident aus, auf dessen Platz der Stellvertreter vorrückt; statt dessen wählt der Ausschuss unter den Curatoren oder den Vorstehern, oder den sonstigen Mitgliedern der Anstalt, d. i. der Abtheilung der Versorgungs-Anstalt.

Auch der austretende Präsident kann wieder gewählt werden.

Die Referenten sind permanent, können jedoch auf ihr Ansuchen, oder auf den Antrag des Curatoriums und des Präsidenten ihrer Stelle enthoben werden.

Aus den übrigen Mitgliedern treten jedes Jahr zwey durch das Los aus, welche der Ausschuss durch Wahl ersetzt; die Austretenden können wieder gewählt werden.

#### §. 51.

Auch der Präsident und die Abtheilung der Administration der Versorgungs-Anstalt steht unter der Oberaufsicht des Ober-Curators; ohne des letzteren Genehmigung ist keine Verfügung gültig.

#### §. 52.

Alle Berathungen werden bey Sitzungen vorgenommen, bey welchen die Referenten nach Weisung des Ober-Curators, Präsidenten, oder seines Stellvertreters vortragen.



## §. 53.

Bei diesen Berathungen entscheidet die Mehrheit der Stimmen, oder jene des Ober-Curators, oder seines Stellvertreters, bei gleichgetheilten. Zur Gültigkeit eines Beschlusses wird erfordert, daß wenigstens vier Stimmführer zugegen seyen.

Das Sitzungsprotokoll führt entweder ein Mitglied, oder ein hiezu gewählter Beamter, unter Aufsicht der Kanzleyvorsteher.

## §. 54.

Die Firma der Versorgungs-Anstalt ist jene der ersten Oesterreichischen Spar-Casse, eben so gleiches Siegel und Stämpel mit dem Besätze: Abtheilung der allgemeinen Versorgungs-Anstalt.

## §. 55.

Die durch die Uebernahme der Versorgungs-Anstalt sich ergebenden Pflichten des Vereins der ersten Oesterreichischen Spar-Casse sind:

Erstens: Die Capitalien der Anstalt für Rechnung der Gesellschafter (Interessenten) gegen Pupillarsicherheit zu den jedesmaligen gesetzlichen Zinsen anzulegen, die Urkunden an einem sichern Orte zu verwahren, über die redliche Gebahrung mit dem Vermögen der Anstalt sorgfältig zu wachen, und immer so viel Capitalien in Evidenz zu halten, als zur Bedeckung der jedesmaligen Dividenden aller Gesellschafter erforderlich sind.

Zweitens: Mit dem Schlusse jeden Jahres dem Ausschusse, als Repräsentanten der Gesellschaft, bei einer abzuhaltenden Sitzung den Rechnungszustand und die Rechnung vorzulegen, und den Besiß der Capitalien auszuweisen.

## §. 56.

Bei diesen Sitzungen sind sämtliche Ausschußmitglieder, außer wichtigen Hinderungsfällen, zu erscheinen verpflichtet: die Anwesenheit von wenigstens fünfzehn Ausschußmitgliedern ist aber zur Fassung eines Beschlusses unerläßlich. Die Ausschußmitglieder haben das Recht und die Pflicht, sich von der Pupillarsicherheit der angelegten Capitalien zu überzeugen, und die Wichtig-

keit der abgeschlossenen Jahresbilanz allenfalls auch durch Einsicht der Detail-Rechnungen zu untersuchen, allenfällige Gebrechen zu rügen und abzustellen, und die etwa den Administrationsmitgliedern zur Last fallenden Erfolge für die Gesellschaft in Anspruch zu nehmen.

#### §. 57.

Wenn sie nach absoluter Stimmenmehrheit alles in Ordnung gefunden haben, sind sie verpflichtet, den vorgelegten Ausweis schriftlich zu fertigen. Diese von wenigstens fünfzehn Ausschußmitgliedern gefertigte Urkunde gilt als das Absolutorium der Administrationsmitglieder, insoferne demungeachtet nicht erst später eine Handlung oder Unterlassung derselben entdeckt oder wirksam wird, welche den Statuten, der Instruction, oder den sonst gesetzlichen Pflichten der Administrationsglieder, als Verwaltern fremden Vermögens, zuwiderläuft.

#### §. 58.

Die Obliegenheiten der Ausschüsse, als Repräsentanten der Gesellschaft, sind persönlich.

#### §. 59.

Obschon der Fall kaum denkbar, daß ein Capital, ungeachtet der strengen Vorsichtsmaßregeln, ganz oder zum Theil verloren gehen sollte, so wird dennoch für diesen Fall festgesetzt, daß der verlorne Capitalbetrag zuvörderst denjenigen Classen der bestehenden Jahresgesellschaften, deren Dividende über den ursprünglichen Betrag (§. 23) gestiegen ist, sodann aber sämmtlichen übrigen Classen der bestehenden Jahresgesellschaften pro rata ihres Stammvermögens abgeschrieben werden müsse.

#### §. 60.

Erst dann, wenn sich keine Hypotheken finden sollten, welche PupillarSicherheit geben, und nur in diesem Falle, ist den Administrationsmitgliedern gestattet, öffentliche Fonds-Obligationen, welche in Metall-Münze verzinslich sind, einzukaufen, worüber der Ausweis bey dem Jahresabschlusse mit Beylegung



der Schlußzettel beeidigter Senfale vorgelegt werden muß. Der ausgewiesene Rabat wird (§. 13) zur Ergänzung unvollständiger Einlagen verwendet.

### §. 61.

Da hiernach der Ankauf öffentlicher Fonds-Obligationen nur ausnahmsweise Statt hat, so wird festgesetzt, daß in jenen Fällen, in welchen (§. 33 und 37) das Vermögensübermaß einer Jahresgesellschaft den übrigen Jahresgesellschaften zu gleichen Theilen zuzukommen hätte, der dießfällige Capitalsbetrag in vorhandenen öffentlichen Fonds-Obligationen aus der Cassé genommen, an der Börse verkauft, und nur der Erlös den übrigen Jahresgesellschaften zugeschrieben werden könne.

### §. 62.

Die Administrationsglieder nehmen als Vermögensverwalter, alle wie immer eingehende Beträge gegen Bescheinigung in Empfang. Damit eine Bescheinigung als eine wirkliche Urkunde des Institutes angesehen werden könne, muß solche von zwey Mitglieðern der Abtheilung der Versorgungs-Anstalt und dem Cassier unterfertigt, wie auch mit dem Siegel des Institutes versehen werden. Rentenscheine erfordern dieselben Unterschriften, bey den Interimscheinen genügt die Unterschrift eines Administrationsmitgliedes und eines Cassébeamten, eben so bei Cassé-scheinen. In den Rentenscheinen müssen die Tage, an welchen Theilzahlungen geschehen sind, oder das Capital des Interessenten statutenmäßig angewachsen ist, ersichtlich seyn.

### §. 63.

Die Abtheilung des Spar-Cassé-Vereins, welcher die Administration der Versorgungs-Anstalt eingeräumt ist, schlägt das zur Manipulation nothwendige Personale und die Beamten, ihre Gehalte, so wie ihre Caution an das Curatorium vor, welches ernennt, und die Gehalte, so wie die Cautionen bestimmt.

Das Curatorium ist für die Anzahl des Personals und der Beamten, dann die Größe der Gehalte, an die Vorschriften des Ausschusses gebunden.

Alles Personale der Anstalt muß beeidet seyn.

#### §. 64.

Die mit der Administration der Spar-Casse vereinigte Versorgung-Anstalt nimmt nur frankirte Zuschriften an.

### Schlußbemerkung.

Aus der aufmerksamen Durchlesung dieser Statuten wird sich folgendes Resultat ergeben :

Erstens, daß Jedermann mittelst dieser Anstalt sich oder Anderen auf die leichteste Weise einen hinreichenden, ja nach Verhältniß reichlichen Lebensunterhalt verschaffen kann.

Zweytens, daß kein Gesellschafter an Capital verlieren, ja selbst noch seinen Erben mehr als seine Einlage hinterlassen kann.

Drittens, daß, während in anderen Anstalten für Wittwen und Waisen, selbst nach vollständig entrichteter Einlage, jährliche Nachzahlungen gemacht werden müssen, in dieser Anstalt die Einlage selbst durch andere Zuflüsse möglichst erleichtert wird.

Viertens, daß in der Begünstigung der verschiedenen Classen das genaueste Ebenmaß beobachtet ist, indem einerseits jenen Classen, in welchen sich die ältesten Mitglieder befinden, die Vermehrung des Stammvermögens und andererseits den jüngeren Gesellschaften die Ergänzung der Einlagen auf mehrfache Weise erleichtert wird.

Fünftens, daß kein Besitz für alle möglichen Ereignisse des Lebens so gesichert seyn kann, als der Genuß eines Renten-scheines.



Sechstens, daß die Vortheile desto bedeutender seyen, und desto schneller werden erreicht werden, je mehr und schneller die Anstalt sich ausbreitet.

Vom Vereine der ersten Oesterreichischen Spar-  
Casse, und der damit vereinigten allgemeinen  
Versorgungs-Anstalt.

Wien, den 4. October 1824.

Peter Graf von Goepf,  
Ober-Curator.

Franz Edler von Bogner,  
Ober-Vorsteher = Stellvertreter.

Ignaz Ritter von Schönfeld,  
Kanzley-Vorsteher.

Leopold Mathias Wetschel,  
Kanzley-Vorsteher.

A. Formular eines Rentenscheines.

Nro. 

## Rentenschein

der Oesterreichischen, mit der ersten Oesterreichischen Spar=Casse vereinigten, allgemeinen Versorgung=Anstalt.

Jahresgesellschaft 1824.

### Classe I.

Kraft welchem bestätigt wird, daß . . . . .  
 . . . . . aus . . . . . gebürtig,  
 eine vollständige Einlage von Zweyhundert Gulden Conv.  
 Münze in diese Anstalt eingelegt habe, wovon . . . . .  
 die statutenmäßige Dividende zu beziehen hat.

Urkund dessen nachstehende Unterschriften, nebst beygedrucktem Siegel des Institutes.

Wien, den . . . .

Von der Administration der mit der ersten  
 Oesterreichischen Spar=Casse vereinigten  
 allgemeinen Versorgungs=Anstalt.

Unterschriften.





B. Formular eines Interimsscheines.

## Interimsschein

der Oesterreichischen, mit der ersten Oesterreichischen Spar = Casse vereinigten, allgemeinen Versorgung = Anstalt.

Nro. 17391.  
Sage: Siebzigtaufend drei hundert neunzig ein.

Jahresgesellschaft 1824.

Classe III.

Ueber eine von de . . . . .  
aus . . . . . gebürtig, gemachte unvollständige Einlage mit . . . . . sagen: Gulden  
. . . . . in Conventions-Münze, wofür nach erfolgter Ergänzung der Einlage der Rentenschein ausgehändigt werden wird.

Urkund dessen nachstehende Unterschriften nebst begedrucktem Siegel des Institutes.

Wien, den . . . . .

Von der Administration der mit der ersten Oesterreichischen Spar = Casse vereinigten allgemeinen Versorgung = Anstalt.

Unterschriften.



## A n h a n g

zu den Statuten und dem Reglement der mit der ersten  
Oesterreichischen Spar-Casse vereinigten allgemeinen  
Versorgungs-Anstalt.

### Anmerkungen für das Publicum.

Jeder, welcher durch eine volle oder theilweise Einlage bey der Anstalt aufgenommen zu werden wünscht, hat ein Ansuchen (nach beygefügtem Formular) einzubringen.

Ueber jede Eingabe in Wien kann nach 14 Tagen, über jede Eingabe in der Provinz nach sechs Wochen die Erledigung erhoben werden; — soll die Anstalt die Erledigung an den Ueberreicher hier in Wien, oder in den Provinzen selbst veranlassen, so muß sie zugleich mit dem Anbringen für die Zustellungs- oder Zusendungsgebühren sicher gestellt werden. Der Erlagsort in Wien ist in der Stadt Nr. 572, dem eigenthümlichen Spar-Casse-Hause, am Graben und Peter im ersten Stod.

Die Erlagsorte in den Hauptstädten der Provinzen werden von Zeit zu Zeit durch die öffentlichen Blätter angezeigt werden.

Briefe und Documente sind unter der Aufschrift: Allgemeine mit der ersten Oesterreichischen Spar-Casse vereinigte



Versorgungs-Anstalt für die Unterthanen des Oesterreichischen Kaiserstaates, portofrey einzusenden.

Vom 1. August bis einschliessig letzten September sind 15 kr. G. M.; vom 1. October bis letzten November 30 kr. G. M. als Gebühr für jeden Interims- und Rentenschein zu entrichten.

# Formular.

## Löbliche Administration!

Unterzeichnete

geboren zu

derzeit wohnhaft in

wünscht in die Jahresgesellschaft 18

der, mit der ersten

Oesterreichischen Spar=Casse vereinigten allgemeinen Versor-  
gungs=Anstalt für die Unterthanen des Oesterreichischen Kaiser-  
staates aufgenommen zu werden, und erlegt zu diesem Endzwecke  
den Betrag von

a) auf	volle Einlagen, jede zu fl. 200	fl.	kr.
b) auf	theilweise Einlagen	"	"
		"	"
		"	"
		"	"
c) auf	Stämpel zu dem Interims= oder Rentenschein pr. kr. 30	"	"
d) auf	Zustellungsgebühr	"	"
e) auf	Postporto	"	"

Zusammen C. M. fl.

## Beylagen:

- a) Tauffchein.
- b) Nationalisirungs=Urkunde.
- c) Trauungsschein.

am

18

Die Einlage hat

gemacht.

## Anmerkung.

Nach gemachtem Gebrauche erhält der Erleger sämtliche Urkunden  
zurück.